



LWIE ANSPACH / DPA

Erntehelfer auf Erdbeerfeld

CDU

„Blick ins echte Leben“



SVEN DOERING / AG. FOCUS / DER SPIEGEL

Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, 54, über ihre Initiative für einen gesetzlichen Mindestlohn und ihr Nachdenken über eine Große Koalition im Bund

SPIEGEL: Frau Ministerpräsidentin, Thüringen will über den Bundesrat einen einheitlichen Mindestlohn einführen. Zieht Ihre eigene Partei da mit?
Lieberknecht: Die Frage nach einer allgemeinen Lohnuntergrenze ist ein elementares Thema für die Menschen. Die CDU hat dazu auf ihrem Parteitag Beschlüsse gefasst. Woran es fehlt, ist die Umsetzung in die Praxis. Ich möchte, dass wir noch vor der Bundestags-

wahl einen einheitlichen Mindestlohn für ganz Deutschland bekommen. Thüringen kann über den Bundesrat den Weg dahin ebnen, da bei uns CDU und SPD zusammen regieren.
SPIEGEL: Ihr Vorstoß geht aber weit über den Kompromiss in Ihrer Partei hinaus. Da sollte noch nach Regionen und Branchen unterschieden werden.
Lieberknecht: Mir geht es um Eindeutigkeit. Wer der regionalen Differenzierung das Wort redet, landet sofort bei unterschiedlichen Löhnen für Ost und West. Das ist 20 Jahre nach der deutschen Einheit nicht akzeptabel. Entscheidend ist, dass die Tarifpartner – und nicht der Staat – die einheitliche Lohnuntergrenze festlegen.
SPIEGEL: Das Problem ist nur, dass der Koalitionspartner im Bund, die FDP, schon bei dem ursprünglichen Kompromissvorschlag nicht mitmachen will.

Lieberknecht: Ich kann nicht erkennen, dass sich die FDP für irgendein Thema der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Länder interessiert. „Wohlstand für alle“ – das war das Versprechen der deutschen Einheit 1990 und nicht, dass die Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen landen. 20 Jahre nach der Einheit ist es das Mindeste, dass die Menschen von ihrer eigenen Arbeit leben können. Das muss auch die FDP verstehen.

SPIEGEL: Soll Angela Merkel den Mindestlohn gegen die Liberalen mit den Stimmen der SPD einführen?

Lieberknecht: Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die FDP endlich einmal einen Blick ins echte Leben in unserem Land wirft. Es kann nicht sein, dass der Niedriglohnsektor immer größer wird und dass Menschen reihenweise in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Deshalb hat die Kanzlerin das Thema auf die Agenda gesetzt. Nur die FDP blockiert.

SPIEGEL: Ist damit die Große Koalition das Modell für die Zeit nach 2013?

Lieberknecht: Die gegenwärtigen Umfragewerte der Bundes-FDP sind eine eindringliche Mahnung, dass die Liberalen derzeit nicht im Takt mit der Bevölkerung sind. 86 Prozent der Menschen in unserem Land fordern einen Mindestlohn. Auch klassisches FDP-Klientel wie kleine Handwerker sind inzwischen für den Mindestlohn.

SPIEGEL: Gerade im sozialen Bereich haben sich die Gemeinsamkeiten mit der FDP erschöpft. Ist es Zeit für eine Große Koalition im Bund?

Lieberknecht: Ich bin ein optimistischer Mensch und setze auf die Einsichtsfähigkeit der FDP. Wenn die Liberalen jedoch nicht zur Lebenswirklichkeit der Menschen zurückfinden, führt kein Weg an einer Großen Koalition vorbei.

GEHEIMNISVERRAT

Polizei durchsucht Polizei

Beamte des Polizeipräsidiums Bonn haben Mitte Juli im Auftrag der Staatsanwaltschaft Räume des Bundespolizeipräsidiums im nordrhein-westfälischen Swisttal durchsucht. Dabei geht es um einen dubiosen Geheimnisverrat im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die Zwickauer Terrorzelle NSU. Das Bundeskriminalamt (BKA) hatte die Bundespolizei um technische Unterstützung bei der Auswertung von Handy-Daten gebeten. Nachdem

das BKA die gewünschte Leistung erhalten hatte, bat es per E-Mail um Löschung der als Kopie vorhandenen Daten bei der Bundespolizei wie vorgeschrieben. Der entsprechende E-Mail-Verkehr wurde jedoch rechtswidrig vom Account des Beamten kopiert und mit dem Tenor veröffentlicht, mit der Löschung seien Ermittlungsergebnisse gezielt vernichtet worden. Zum Kreis der Verdächtigen zählt ein hochrangiger Bundespolizist, der schon vorher durch unberechtigten Zugriff auf geschützte Daten aufgefallen war. Der Mann sollte eigentlich demnächst zum Bundesnachrichtendienst versetzt werden.

ZAHL DER WOCHE

9,03 Millionen Euro

Gebühren mussten Arbeitslose ohne eigenes Konto vergangenes Jahr an Banken und Sparkassen zahlen, damit sie am Schalter Geld ausbezahlt bekommen. Wer die Unterstützung vom Staat per Verrechnungsscheck einlöst, muss laut Bundesagentur für Arbeit zwischen vier und sechs Euro aufbringen. Schätzungen zufolge gibt es in Deutschland 670 000 Kontolose.